

Beschluss der SPD-Bundestagsfraktion vom 02. September 2016

Projekt Zukunft #NeueGerechtigkeit:

SOZIALE INNOVATIONSPOLITIK – Innovationen neu denken

Innovation und gesellschaftlicher Fortschritt

Neue Zeiten erfordern neue Ideen. Deshalb führt die SPD-Bundestagsfraktion einen breit angelegten Dialog mit Fachleuten, Organisationen und Bürgerinnen und Bürgern. Gemeinsam mit ihnen erarbeiten wir Konzepte für die Herausforderungen der Zukunft. Unser Ziel: Wir wollen, dass Deutschland auch in Zukunft ein erfolgreiches und zugleich gerechtes Land ist, ein Land, das zusammenhält: Projekt Zukunft #NeueGerechtigkeit. Die Projektgruppe #NeueErfolge ist eine von insgesamt sechs Gruppen, die im Rahmen dieses Projekts nach Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft sucht. Sie hat das folgende Konzeptpapier erarbeitet.

I. Innovation und gesellschaftlicher Fortschritt

Wie kommt das Neue in die Welt und wem nützt es? Für eine nachhaltige Wirtschaft und eine sozial gerechte Gesellschaft sind Innovationen die entscheidenden Fortschrittstreiber.

Angesichts der großen Bedeutung von Innovationen für die gesellschaftliche Entwicklung hatte die staatliche Innovationspolitik in den letzten Jahren einen viel zu passiven und einseitigen Ansatz. Die Innovationspolitik war zu stark angebotsorientiert ausgerichtet. Der Mensch wurde nicht ausreichend als eigenständiger Akteur – nämlich als Gestalter und Betroffener – wahrgenommen. Innovationspolitische Kennzahlen und Rahmenbedingungen schienen wichtiger als das eigentliche Ziel von Innovationen: die Verbesserung der Lebenswelt der Menschen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen den Menschen ins Zentrum unserer Politik stellen und dadurch gezielte Veränderungen in unserer Innovationspolitik vornehmen. Voraussetzung für die Neujustierung der Innovationspolitik ist ein umfassendes Verständnis von Innovationen, welches weit über das konventionelle ökonomisch-technologisch ausgerichtete Innovationsverständnis hinausgeht. Technische Innovationen allein reichen weder zur Bewältigung großer gesellschaftlicher Herausforderungen wie dem de-

mographischen Wandel, der wachsenden sozialen Ungleichheit noch zur Lösung ungedeckter Bedarfe auf lokaler und regionaler Ebene aus.

Innovationen sind für uns nicht nur technologische Neuerungen, die sich am Markt durchsetzen, sondern auch soziale Innovationen, also neue Geschäftsmodelle, Verfahren und Lösungsstrategien für sämtliche gesellschaftliche Bereiche, von der Wirtschaft über das Arbeitsleben bis hin zum Umweltschutz. Innovationspolitik ist für uns daher Querschnittspolitik.

Entwicklungen von Tragweite für eine gesellschaftliche Anwendung müssen dabei von Bürgerbeteiligung begleitet werden, damit sie zustimmungsfähig werden. Partizipation darf nicht auf einen formalen Akt reduziert werden, sondern muss sich in einem möglichst ergebnisoffenen Dialogprozess vollziehen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich in einem intensiven Dialogprozess mit der Neujustierung der Innovationspolitik beschäftigt und das vorliegende Konzeptpapier entwickelt, mit deren Umsetzung sie in diesem Jahr beginnen wird. Wir legen mit dem Konzeptpapier Grundsätze einer Sozialen Innovationspolitik vor, beschreiben Instrumente und formulieren Maßnahmen, wie wir diese konkret umsetzen wollen.

II. Grundsätze sozialer Innovationspolitik – Innovationen für den sozialen Fortschritt

Während sich das Verständnis von Innovationen und deren Entstehung in den letzten Jahren änderte, hat die staatliche Förderung darauf nicht angemessen reagiert. Viel zu lang hat ein rein technologisch geprägtes Innovationsverständnis die Innovationspolitik der verschiedenen Ressorts geprägt. Erst mit der „neuen Hightech-Strategie“ wurde die Bedeutung von sozialen Innovationen für die Lösung gesellschaftlicher Probleme erkannt, doch erwuchs daraus noch lange kein Politikwechsel.

Wir hingegen wollen eine Innovationspolitik, die noch stärker von den Bedürfnissen der Menschen ausgeht, technische und soziale Innovationen als zwei gleichberechtigte Seiten einer Medaille betrachtet, angebots- als auch nachfrageorientiert ist und berücksichtigt, dass Innovationen von Menschen gemacht werden und auf diese Menschen wirken: eine Soziale Innovationspolitik.

Soziale Innovationspolitik stellt die Menschen mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen und Lebensentwürfen in den Mittelpunkt. Es geht um spürbare Verbesserungen der Lebenswelt – um Fortschritt also, der bei den Menschen

ankommt. Um eine Lebenswelt zu schaffen, die allen Menschen eine bestmögliche Entwicklung ermöglicht und Armut sowie soziale Ausgrenzung überwindet, können innovative Lösungen einen entscheidenden Beitrag leisten. Als Beispiel hierfür kann insbesondere der innovative Ansatz bei der Inklusion von Menschen mit Behinderung dienen. Dabei sind nicht nur die Bedürfnisse der heutigen, sondern auch die der zukünftigen Generationen in den Blick zu nehmen. Daraus folgt, dass Fortschritt unter Erhaltung der ökologischen und sozialen Lebensgrundlagen stattfinden muss.

Wir legen einen umfassenden Innovationsbegriff zugrunde. Klassische wirtschaftspolitische Zielgrößen müssen um zusätzliche Dimensionen erweitert werden. Innovationen müssen heute mehr denn je soziale Prozesse, Dienstleistungen und ökologische Lösungen umfassen. Im Rahmen ihrer Umsetzung spielen das jeweilige Umfeld und mögliche Kooperationspartner für die Entstehung von Synergien und Vernetzungsstrategien eine entscheidende Rolle. Diese begünstigenden Rahmenbedingungen gilt es zu befördern.

Wir reflektieren die Frage nach der Wirkungstiefe oder dem „Social Impact“ von Innovationen. Wir wollen eine Soziale Innovationspolitik, die Technik, Mensch und Organisation so verbindet, dass sozialer Fortschritt erzielt wird.

Gute Arbeit, angemessene Löhne, eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, innovative Arbeitszeitmodelle und erweiterte reale Mitbestimmungsrechte am Arbeitsplatz gehören für uns zwingend zu einem guten Leben und schaffen gleichzeitig Potenziale für die Produktivität und Innovationsfähigkeit von Unternehmen. Auch neue Dienstleistungen und Geschäftsmodelle, die besser auf die Bedürfnisse und Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet sind und die gleichzeitig neue Arbeitsplätze bieten, stellen Innovationen dar.

Wir wollen die Innovationsförderung modernisieren, bestehende Institutionen und Organisationen stärken und weiterentwickeln. Wir müssen die Strukturen so verändern, dass die Bearbeitung gesamtgesellschaftlicher Herausforderungen wie die Digitalisierung oder die Energiewende effektiv gelingen können.

Dezentralisierung, offene Strukturen, Abbau von Hierarchien, lernende Organisationen, das Management von Wissen und Partizipation der Beschäftigten sind innovationsförderliche Faktoren. Innovative Unternehmen und Einrichtungen sind erfolgreicher und bieten wesentlich bessere Chancen für Beschäftigung als nicht innovative Unternehmen.

Innovationen werden von Menschen gemacht. Ohne ihre Kompetenzen, ihre kreativen Ideen, ihre Motivation, sie zu realisieren, ist Innovation nicht möglich. Menschen sind die Träger von Innovation, sie sorgen für eine ständige Erneuerung von Wissen und Technologie. Die Entfaltung und Nutzung der Fähigkeiten der Beschäftigten hat für die Soziale Innovationspolitik einen hohen Stellenwert. Voraussetzungen für die Innovationsfähigkeit in Wirtschaft und Wissenschaft sind motivierende Arbeitsbedingungen und eine ständige Entwicklung ihrer Qualifikation.

Frauen verfügen wie nie zuvor über sehr gute Bildungsabschlüsse und innovatives Potenzial. Dennoch liegt der Frauenanteil an Erfindungen bei nur etwas mehr als sechs Prozent. Deshalb möchten wir Unternehmen unterstützen, den Erfindergeist ihrer Mitarbeiterinnen zu stärken und zu nutzen. Gleichzeitig möchten wir junge Frauen ermutigen, mit ihren Ideen eigene Unternehmen zu gründen.

Soziale Innovationspolitik zielt nicht nur auf die Angebotsseite, sondern hat auch die Nachfrageseite im Blick. Denn ausgehend von den Bedürfnissen der Menschen haben die Öffentliche Beschaffung, die Setzung von Normen und Standards sowie (Kauf-)Anreize eine steuernde, innovationsfördernde und mithin wohlfahrtssteigernde Wirkung.

Corporate Social Responsibility (CSR, Unternehmerische Sozialverantwortung) ist für uns nicht nur eine moralische, sondern auch eine unternehmensstrategische Aufgabe. Sozial und ökologisch ausgerichtete Unternehmen sind das Geschäftsmodell der Zukunft. Der Better-Life-Index der OECD ist eine Richtschnur, an der sich Forschungsförderung im Sinne von Sozialer Innovationspolitik orientiert.

III. Auf dem Weg zu einer Sozialen Innovationspolitik

1. Soziale Innovationen

Mit sozialen Innovationen sind allgemein neue Lösungen für gesellschaftliche Probleme und Herausforderungen gemeint. Dabei steht nicht der finanzielle Gewinn für den Einzelnen im Vordergrund, sondern der Mehrwert für die Gesellschaft in ihrer Vielfalt. Soziale Innovationsprozesse werden sowohl von Unternehmen als auch vom öffentlichen und dem zivilgesellschaftlichen Sektor durchgeführt. Neben den etablierten Trägern spielen neue Akteure wie Sozialunternehmen, Stiftungen und Vereine, aber auch private Spender bei der Entwicklung und Skalierung neuer sozialer Innovationen eine zunehmend wichtige Rolle. Es entwickeln sich Dienstleistungen und Produkte insbeson-

dere in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Verkehr, Soziales, Kultur und Bildung. Immer öfter werden diese Innovationen von Sozialunternehmen vorangetrieben, die gesellschaftliche Probleme (soziale, ökologische) unternehmerisch lösen. Aus sozial motivierten neuen Dienstleistungen können auch neue ökonomisch sinnvolle und nachhaltige Geschäftsmodelle entstehen. Soziales Unternehmertum kann ein wichtiger Baustein sein, um unsere soziale Marktwirtschaft im Einklang mit den Veränderungen unserer Zeit weiterzuentwickeln.

Zentral ist dabei die Einbindung der Akteure des Dienstleistungssystems: Bürgerinnen und Bürger, Kunden, Versicherte, Patienten, Beschäftigte, Unternehmen und Gewerkschaften. Nur so können Probleme und Bedürfnisse, aber auch wichtige Hinweise zur Lösung bestehender Probleme an die „ausführenden“ Stellen beigesteuert werden.

Bedingungen für soziale Innovationen verbessern

Wir wollen den Auf- und Ausbau geeigneter Infrastrukturen (z.B. Ausbau der bestehenden kommerziellen Gründungsförderung und -beratung in Richtung sozialer Neugründungen) forcieren. Wir fordern mehr Offenheit für die Idee von Sozialinnovationen in allen Programmen der Entrepreneurshipförderung.

Gründungen und Gründerzentren fördern

Social Startups entwickeln sich wie technologisch orientierte Startups in innovationsfreundlichen Ökosystemen. Wir wollen daher den Aufbau entsprechender Gründerzentren und Inkubatoren (Kompetenzzentren) mit einem speziellen Förderprogramm unterstützen. Um die erheblichen Mobilisierungspotenziale des Themas Soziales Unternehmertum besser für eine dynamische Gründungskultur in Deutschland zu erschließen, sollte eine bundesweite Informationsoffensive initiiert werden.

Wir wollen den „Vermittlungsvorrang“ beim Gründungszuschuss der Arbeitsagenturen streichen, damit qualifizierten Fachkräften die Anlaufphase auch zur Gründung eines Sozialunternehmens erleichtert wird.

Reform des Gemeinnützigkeitsrechts

Gemeinnützige Gesellschaften sind erfolgreich; in den letzten Jahren hat z. B. die gemeinnützige Variante der Unternehmergesellschaft (haftungsbegrenzt, UG) großen Zulauf erfahren. Die mit der Gemeinnützigkeit einhergehenden steuerrechtlichen Limitationen begrenzen vor allem Sozialunternehmen in ihrem Wachstum. Wir werden das bisherige absolute Verbot einer Gewinnausschüttung überprüfen und die Begrenzung der freien Rücklagen-

bildung für Sozialunternehmen wachstumsfreundlicher gestalten. Bei diesen Maßnahmen ist auf eine wettbewerbsneutrale Ausgestaltung gegenüber nicht begünstigten Unternehmen zu achten. .

Außerdem wollen wir Genossenschaftsmodelle wieder stärker in den Fokus rücken und fördern. Wir wollen die Gründung gemeinschaftlicher unternehmerischer Initiativen aus bürgerschaftlichem und sozialem Engagement erleichtern und eine unkomplizierte Kleinstgenossenschaft schaffen. Überzogene externe Prüfungspflichten wollen wir abschaffen. Durch eine mitgliederoffene und demokratische Struktur sind Genossenschaften prädestiniert dafür, soziale Innovationen hervorzubringen.

Institutionelle Förderung von sozialen Innovationen auf kommunaler Ebene

Wir wollen bei der institutionellen Förderung durch Zuschüsse von kommunalen und staatlichen Trägern die Chancen von Sozialunternehmen, die soziale Innovationen erfolgreich realisieren, stärken. Dazu wollen wir im Sozialgesetzbuch I die Verbreitung von Innovationen in der sozialen Arbeit als Fördergrundsatz aufnehmen und damit für die staatlichen und kommunalen Träger die Chance eröffnen, neben den Akteuren der freien Wohlfahrtspflege auch mit innovativen Sozialunternehmern zusammenzuarbeiten.

Wachstumsfinanzierung bei Sozialunternehmen ausbauen

Wir wollen, dass Sozialunternehmen wachsen. Zu den Finanzierern gehören neben den klassischen Banken und Stiftungen auch sozial motivierte Investoren. Wir werden die steuerlichen Vorschriften für die Finanzierung mit sogenanntem Hybridkapital vereinfachen. Bisher erschweren die geltenden steuerlichen Vorschriften bei der Finanzierung von Sozialunternehmen zum Beispiel die verstärkte Kombination von Spenden und Eigenkapital.

Außerdem wollen wir die Vorschriften für die Finanzierung von Sozialunternehmen durch die öffentliche Hand flexibilisieren und dabei auch die Finanzierung von Kapitalkosten ermöglichen. In diesem Zusammenhang wollen wir die wirkungsbasierte Mittelvergabe an Sozialunternehmen durch die öffentliche Hand stärken. Nach dem Vorbild des Modellprojekts „Eleven“ in Augsburg werden wir dazu den Einsatz von „Social Impact Bonds“ erproben, bei dem der Staat bei messbaren Erfolgen für die öffentliche Hand bei der Finanzierung von sozialen Innovationen durch private Investoren behilflich ist.

Für die Weiterentwicklung der bestehenden Förderprogramme im Bereich der Mezzanin- und Beteiligungsfinanzierung wollen wir auf Bundesebene über die Nutzung der seit diesem Jahr verfügbaren europäischen Rückbürgschaften für Investitionen in Sozialunternehmen Förderfenster mit günstigeren Konditionen einrichten.

2. Nachhaltige Innovationspolitik

Nicht jede Erfindung dient dem Fortschritt. Die Grundfrage ist für uns: Wie sichern wir durch Soziale Innovationspolitik das Gute Leben von Morgen in einer intakten Umwelt und Gesellschaft?

Wir leben in einer Zeit, in der quantitatives Wachstum allein nicht mehr Maßstab von Fortschritt sein kann. Die Fixierung auf das Mehr-Dasselben-Prinzip ist nicht mehr auf der Höhe der Zeit, denn quantitatives Wachstum ist nicht gleich Wohlstand. Der ökologische und soziale Mehrwert rückt mehr und mehr ins Zentrum des betriebswirtschaftlichen Kalküls: Nachhaltigkeit zählt. Das Maß des ökologischen Fußabdrucks wird damit zu einem Kriterium für Innovation. Die gleichzeitige Berücksichtigung ökonomischer Nachhaltigkeit stellt sicher, dass Innovationen nicht dauerhaft auf Unterstützung durch Steuermittel angewiesen sind.

Wir wollen bei der Bewertung von Innovationen und unternehmerischem Handeln immer auch den gesellschaftlichen Mehrwert in den Vordergrund stellen.

Kreislaufwirtschaft stärken

Der Kreislaufwirtschaft gehört die Zukunft. Für eine nachhaltige Wirtschaft sind Innovationen entscheidende Fortschrittsstreiber, mit denen durch neue Produkte und Verfahren eine Reduktion des Ressourceneinsatzes und der Umweltbelastungen erreicht werden kann. Wer eine nachhaltige Wirtschaft und Gesellschaft möchte, muss die Innovationspolitik entsprechend ausrichten. Zweifelsohne lassen sich objektive Kriterien zur Bewertung technologischer Innovationen identifizieren. Der errechenbare ökologische Fußabdruck stellt ein solches Kriterium dar. Die Ökoeffektivität muss mit Ökoeffizienz gepaart sein.

3. Open Innovation – Neue Strukturen der Innovationspolitik

Open Innovation ist die Öffnung des Innovationsprozesses von Unternehmen und damit die aktive Nutzung des Umfeldes zur Vergrößerung des eigenen Innovationspotenzials. Dabei gilt es Open Innovation nicht mit „Open Source“ gleichzusetzen. Um einen möglichst offenen Umgang mit Innovationen zu fördern und gleichzeitig geistiges Eigentum angemessen zu schützen, ist eine sog. Neuheitsschonfrist für Erfinderinnen und Erfinder aus der Wissenschaft in Anlehnung an das US-amerikanische Modell im Patentrecht zu prüfen. Eine wissenschaftliche Publikation ist binnen eines Jahres nicht neuheitsschädlich und gefährdet folglich die Patentanmeldung nicht. Einen nationalen Alleingang innerhalb Europas sollte es dabei nicht geben.

Open Innovation ist eingebettet in einen umfassenden gesellschaftlichen Lernprozess, an dem Einzelne aber auch Organisationen beteiligt sind, umgeben von einem innovationsfreundlichen Umfeld. Aufgabe der Politik ist es, dieses Umfeld im Sinne einer Sozialen Innovationspolitik zu verbessern. Moderne Innovationspolitik muss Antworten für diesen Paradigmenwechsel bieten und strukturell neue Wege gehen, ohne bislang bewährte Innovationsstrukturen und Akteure an den Rand zu drängen.

Aktuell etabliert sich auch in Deutschland eine neue Erfinder- und Innovationsszene. Sie präsentiert sich auf „Erfindermessen“, Maker-Faires genannt. Parallel dazu entstehen in zahlreichen Städten sogenannte FabLabs (Fabrication Laboratorys, Fabrikationslabore). Die Entrepreneurs in spe finden dort die apparative Ausstattung, die es ihnen ermöglicht, ihre Ideen technisch zu verwirklichen (Rapid Prototyping). Auf Online-Plattformen werden Unterstützer gesucht, die es mit ihrem Investment ermöglichen, dass Prototypen auch in (Klein-)Serie gehen können (z.B. www.startnext.de / www.visiobakery.com etc.). Dieses Crowdfunding kann auch als Markttest fungieren dafür, was erfolgversprechend ist und was nicht. Innovative Ideen werden gleichsam einem Crowdfunding-Contest unterzogen.

Einerseits arbeitet die noch junge Maker- und FabLab-Szene bisher nahezu gänzlich außerhalb der institutionalisierten Forschungs- und Entwicklungsstrukturen, andererseits existiert dort immenses Innovationspotential, das es zu heben gilt.

Maker-Szene fördern

Wir wollen daher prüfen, inwieweit die unkonventionelle Maker-Szene in die geförderten und staatlich unterstützten Innovationsstrukturen einbezogen werden kann und wie groß der Förderbedarf ist. Große international agierende Firmen haben die Chancen schon erkannt und Forschungsplattformen geschaffen. Es gilt aus der neuen Innovations- und Inventionsszene eine produktive Gründerszene zu entwickeln. Eine staatliche Förderung unkonventioneller Fab- oder LivingLabs ist ebenso wünschenswert wie die Vernetzung der Open-Szene mit der etablierten Forschungs- und Entwicklungsstruktur. Hier ist es wichtig, dass es keine bürokratischen Hürden gibt. Fördermaßnahmen wollen wir modellhaft erproben.

Innovationswettbewerbe starten

Optimal für Unternehmen sind Forschungsprojekte, die sich am Bedarf der Wirtschaft orientieren (Bottom-up-Prinzip). Wenn es zudem gelingt, gesellschaftliche Bedürfnisse mit den Bedarfen der Wirtschaft im Rahmen von Innovationswettbewerben zu verbinden, können von diesen spezifischen und neuartigen Förderformaten starke Impulse ausgehen. Diese Wettbewerbe

könnten an ungelösten technologischen oder sozialen Fragestellungen bzw. an den bestehenden gesellschaftlichen Herausforderungen anknüpfen. Dabei ist denkbar, Innovationswettbewerbe als Auftragsforschung zu betreiben, bei der die Rechte am geistigen Eigentum beim Auftraggeber verbleiben.

4. Nachfragende Innovationspolitik

Innovationspolitik muss als Querschnittsaufgabe der gesamten Politik betrachtet werden. Eine reine Angebotsorientierung reicht nicht aus. Eine umfassende Innovationspolitik reicht von der direkten Forschungsförderung über innovationsfreundliche Rahmenbedingungen bis zur Förderung der privaten Nachfrage.

Themenoffene und missionsgetriebene Innovationspolitik nicht gegeneinander stellen

Themenoffene und missionsgetriebene Innovationspolitik sind keine sich ausschließenden Alternativen, sondern ergänzende Ansätze. Themenoffenheit ist wichtig, um nicht ausschließlich auf aktuelle Mainstream- oder Hype-Themen zu setzen. So ermöglichen technologie- und themenoffene Ansätze ein hohes Maß an „Bottom-up-Prinzip“, nach dem die Impulse des Innovationsgeschehens unmittelbar von Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft ausgehen. Missionsorientierung ist unverzichtbar, um als bedeutsam identifizierte Forschungs- und Innovationsprojekte gezielt fördern zu können.

Ergänzt werden sollte die themenoffene Innovationspolitik allerdings durch themenfokussierte Fördermaßnahmen in solchen Feldern, in denen ein langfristiges Engagement aus gesellschaftlichen, ökologischen und/oder ökonomischen Gründen besonders erfolgversprechend erscheint. Beispiele dafür sind aktuell u.a. die Energiewende und die Digitalisierung.

Öffentliche Beschaffung für mehr Innovationen nutzen

Wir wollen Beschaffungspotenziale stärker für den Transfer technologischer und sozialer Innovationen nutzen und sehen dafür ein Potential von 1 % der Öffentlichen Beschaffungen für innovative Güter und Dienstleistungen. Damit würde die innovationsrelevante Nachfrage um 3 Mrd. Euro erhöht – mehr als alle öffentlichen FuE-Fördermittel, die der Bund der Wirtschaft pro Jahr zur Verfügung stellt.

Wir wollen deshalb das Kompetenzzentrum Innovative Beschaffung (KOINNO) stärken, um Beschaffer stärker dazu zu bringen, Innovationen einzukaufen und zudem die Beschaffungsprozesse weiter zu optimieren und zu digitalisieren. Außerdem wollen wir strategische Vorgaben für innovative und um-

weltfreundliche Beschaffungen einführen, um den „innovativen“ öffentlichen Investitionen einen deutlichen Schub zu geben. Wir erwarten dadurch auch Nachahmeffekte bei den Bundesressorts, Landesbehörden, Kommunen und in der Privatwirtschaft.

Wir wollen, dass öffentliche Auftraggeber konkrete Vorgaben zu den innovativen, umweltbezogenen und sozialen Eigenschaften der zu beschaffenden Leistungen machen. Dies stellt insbesondere für Sozialunternehmen eine Chance dar, wenn die Spielräume von den ausschreibenden Stellen genutzt werden.

5. Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft

Die Digitalisierung hat tiefgreifende Auswirkungen auf alle Gesellschafts- und Wirtschaftsbereiche. Digitale Technologien sind heute für private wie gewerbliche Nutzer unverzichtbar. Sie führen zu einer Verknüpfung der virtuellen und physischen Welt. Die Digitalisierung gilt als Paradebeispiel dafür, dass technologische Innovationen sich nicht auf technische Aspekte beschränken, sondern in soziale Innovationen münden können.

Damit aus der technologischen Innovation eine soziale Innovation wird, müssen wir die Ziele und notwendigen Umsetzungsschritte definieren. Sozialdemokratische Innovationspolitik sollte sicherstellen, dass die Rendite der Digitalisierung möglichst vielen zugutekommt.

Die Offenheit einer Gesellschaft gegenüber Innovationen wird wesentlich dadurch geprägt, wie Bürgerinnen und Bürger in Innovationsprozesse einbezogen werden. Hier gilt auch die Regel „Ask the People who do the work“ (Frag die Menschen, die die Arbeit machen). In den Köpfen der Beschäftigten ruht das Innovations- und Ideengold, das die Unternehmen heben müssen. Das gelingt nur in offenen, dialogorientierten und mitbestimmten Strukturen.

Darüber hinaus gilt: Nur durch eine breite Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen können gesellschaftlich wünschenswerte Technologien und soziale Innovationen auch in den Alltag integriert werden. Die Digitalisierung eröffnet für eine Soziale Innovationspolitik neue Möglichkeiten, Bürgerinnen und Bürger zu informieren und zu beteiligen. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es wichtig, dafür zu sorgen, dass diese Möglichkeiten nicht nur von denen genutzt werden, die bislang schon über die Möglichkeiten und Fähigkeiten zur eigenen Interessenswahrnehmung verfügen, sondern allen sozialen Schichten zugänglich gemacht werden.

Die Sharing Economy kann eine Chance sein. Die Grenze zwischen Konsument und Produzent wird aufgehoben. Diese kollaborative Konsumkultur erscheint vielversprechend. So soll sie den Ressourcenverbrauch eines jeden Einzelnen senken, die Umweltbelastung reduzieren und zu mehr Nachhaltigkeit führen. Langfristig soll das den Wohlstand der Bevölkerung mehren.

Doch als Gegenpol zur Euphorie für die Ökonomie des Teilens sind auch kritische Stimmen zu hören. Versicherungsprobleme, Datenmissbrauch und die Ausbeutung von Mitarbeitern bzw. Wettbewerbsverzerrungen gegenüber den rechtlich stärker regulierten Anbietern sind nur einige wenige der Punkte, die die Kritiker der Sharing Economy anführen. Bedingung für das Funktionieren der Sharing Economy ist die Digitalisierung.

Sharing Economy kann zu fundamentalen Veränderungen in der Arbeitswelt führen. Die Zahl der Freelancer könnte massiv zunehmen und damit der Bereich der prekären Beschäftigung bzw. Solo- oder Scheinselbständigkeit.

Progressiver Datenschutz

Der Schutz personen- und unternehmensbezogener Daten befördert soziale Innovationen, weil dies die Voraussetzung für die Akzeptanz und damit Durchsetzung und Nutzung von Diensten darstellt. Wir wollen den Beschäftigtendatenschutz weiterentwickeln, damit dieser auch künftig seine Schutzfunktion für alle Beschäftigten erfüllen kann. Dazu ist ein progressiver Datenschutz notwendig, der das Schutzbedürfnis des Bürgers mit den Erfordernissen einer digitalisierten Welt in Einklang bringen kann. Wir treten für den Ausbau und die Weiterentwicklung der bestehenden Vorschlags-, Zustimmung-, Mitbestimmungs-, Informations- und Unterrichtsregelungen ein, um betriebliche Demokratie auch im Kontext der neuen Arbeitsstrukturen und -zusammenhänge von Arbeiten 4.0 zu erhalten und zu stärken. Hierzu ist das Betriebsverfassungsgesetz entsprechend neu zu fassen.

Partizipation gestalten

Innovationen werden von Menschen für Menschen gemacht. Entwicklungen von Tragweite müssen dabei von Bürgerbeteiligung begleitet werden. Partizipation darf nicht auf einen formalen Akt reduziert werden, sondern muss sich in einem möglichst ergebnisoffenen Dialogprozess vollziehen. Wir wollen die Stärkung der Teilhabemöglichkeiten von Menschen an Innovationsprozessen durch strukturierte Beteiligungsmöglichkeiten.

Transparenz verwirklichen

Voraussetzung für eine partizipative Innovationspolitik ist eine transparente Darstellung der Ziele, Methoden und Instrumente der auf Forschung und Entwicklung ausgerichteten Politik. Der Innovationsdialog zwischen Bundesregierung, Wirtschaft und Wissenschaft dient der Bundesregierung als unab-

hängige Fachberatung. Dieses Forum arbeitet weder transparent, noch sind seine Ergebnisse für die Öffentlichkeit zugänglich. Wir wollen dieses Forum transparent machen und weitere Akteure der Zivilgesellschaft einbeziehen. Denn Transparenz trägt entscheidend zu einer ausgewogenen Betrachtung von Chancen und Risiken bei und fördert die Offenheit für Neues.